

## 2. Bericht vom ver.di Bundeskongress 2015 – Antragsberatung aufgenommen

Am Mittwochmorgen hat der alte und neue Vorsitzende, Frank Bsirske, sein Grundsatzreferat zur künftigen Ausrichtung von ver.di gehalten und deutlich gemacht, dass nach seiner Auffassung die Gewerkschaft bei dem in den letzten Jahren eingeschlagenen Weg bleiben wird. Besonders deutlich betonte er die von ver.di in der Vergangenheit vertretenen Positionen gegen die Tarifeinheit, gegen die Freihandelsabkommen wie TTIP, CETA oder TISA. Besonders heftig kritisierte er das Vorhaben der CSU, das Streikrecht im Bereich der Daseinsvorsorge massiv einzuschränken. Er stellte noch einmal fest, dass die Aufwertungskampagne im Sozial- und Erziehungsdienst fortgeführt wird und, wenn erforderlich, mit massiven Streiks zu rechnen ist, wenn bei den Verhandlungen am 28. und 29. September keine Ergebnisse erzielt würden. Über das weitere Vorgehen soll wiederum die für den 2. Oktober terminierte Streikdelegiertenkonferenz entscheiden.

Die am Mittag begonnene Antragsberatung begann mit einer Klatsche für die Antragskommission. Hatte Sie doch die Abschaffung des Ehegattensplitting zur Ablehnung empfohlen. Der Kongress lehnte mit deutlicher Mehrheit die Empfehlung der AK ab und hat sich für die Abschaffung des Ehegattensplitting ausgesprochen. Als weiteren Höhepunkt kann die Debatte um den Antrag des Gewerkschaftsrates zur Wirtschaftsdemokratie bezeichnet werden. Ein Antrag der Gewerkschaftsjugend mit dem Titel "Für Alternativen zum Kapitalismus" sollte als Materialannahme beerdigt werden. Dies sollte auch für einen Antrag gelten, der die Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien fordert. Heraus gekommen ist, dass nur die ersten 10 Zeilen des Antrags zur Wirtschaftsdemokratie angenommen wurden und alle anderen Anträge als Material zu diesen 10 Zeilen, was ermöglicht, eine breite Debatte zu gesellschaftlichen Alternativen in ver.di zu führen.

Ein Höhepunkt am Donnerstag war der Auftritt der streikenden Kolleginnen und Kollegen aus dem Amazon Lager in Leipzig. Sie machten deutlich, dass sie so lange streiken werden, bis bei ihnen der Tarifvertrag des Einzelhandels angewendet wird. Als ein besonderes Highlight kann die Diskussion um den von Kolleg\_innen aus dem Umkreis der Gewerkschaftslinken eingebrachte Initiativantrag "Solidarität mit der Aufwertungskampagne bei den Sozial- und Erziehungsdiensten" bezeichnet werden. Die AK hatte eine Änderung zur Annahme empfohlen, der den Charakter des Antrages nicht veränderte. Hätte es nur diese Änderung gegeben, wäre dies eine gute Grundlage für die weitere Auseinandersetzung geworden. Eine Kollegin hatte allerdings empfohlen, einen Zusatz einzubringen, der die Tür für einen schlechten Abschluss öffnet. Die Formulierung, der Bundesvorstand wird aufgefordert, nach Beendigung der Streiks weiter für Unterstützung bei den Parteien und beim DGB zu werben, legt nahe, dass diese Auseinandersetzung auch mit einem schlechten Ergebnis beendet werden könnte. Die AK empfahl diese Formulierung zur Annahme, obwohl sich mehrere Kolleg\_innen gegen die Annahme ausgesprochen hatten. Hierzu wird sich eventuell die am 2. Oktober stattfindende Streikdelegiertenkonferenz zu verhalten haben, wenn die Ergebnisse der Verhandlungen am 28. und 29. September bewertet werden müssen.

Leipzig, 24. September 2015

Helmut Born, Delegierter, Bezirk Düsseldorf

Weitere Berichte und Infos zum ver.di-Bundeskongress 2015 im Dossier beim LabourNet Germany:  
<http://www.labournet.de/?p=86484>